Interpellation SP-GRÜNE-GLP-Fraktion:
«OECD-Ergänzungssteuer: Werden die Zusatzeinnahmen fair verteilt?

In der Botschaft zum Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028 führt die Regierung aus, dass sie prüft, allfällige Einnahmen aus der OECD-Ergänzungssteuer von rund 20 Mio. Franken in ein noch einzuführendes Förderbeitragssystem zu überführen, mit welchem insbesondere Innovation und Forschung unterstützt werden sollen.

Gemäss Botschaft des Bundesrates entscheiden die Kantone zwar grundsätzlich autonom über die Verwendung der OECD-Ergänzungssteuer, allerdings müssten die Gemeinden dabei angemessen berücksichtigt werden. In den Ausführungen der Regierung zum AFP ist die Art und Weise dieser Berücksichtigung der einzelnen Gemeinden nicht erwähnt.

Die Verteilung der Erträge der OECD-Ergänzungssteuer wird von Kantonen und Bund nochmals zur Diskussion gestellt. Und einzelne Kantone wie etwa Waadt, Genf, Basel-Stadt, Zug oder Schaffhausen erhöhten ihre kantonale Gewinnsteuer im Nachgang zur eidgenössischen Referendumsabstimmung oder haben zu diesem Zweck entsprechende rechtliche Anpassungen in die Wege geleitet bzw. angekündigt. Auch im Kanton St.Gallen stellt sich die Frage der genauen Umsetzung bzw. insbesondere diejenige der fairen Verteilung der Zusatzeinnahmen zwischen den Staatsebenen. Die Bundesvorgaben geben eine Berücksichtigung der Gemeinden vor. Angesichts des kantonalen Sparpakets ist allerdings zugleich mindestens ein teilweiser Verbleib der Einnahmen im Kantonshaushalt anzustreben.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welcher Art und Weise werden die St.Galler Gemeinden am zusätzlichen Ertrag aus der OECD-Ergänzungssteuer beteiligt?
2. Welche Beteiligungen der Gemeinden sehen andere Kantone vor?
3. Wie werden die St.Galler Gemeinden in die diesbezügliche Entscheidfindung einbezogen? Wurden bereits Gespräche geführt?
4. Ist die Regierung bereit, einen mindestens teilweisen Verbleib der Einnahmen im Kantonshaushalt anzustreben?
5. Ist die Regierung bereit, (dafür) die Steuer für juristische Personen zu erhöhen?
6. Werden allfällige bestehende Steuererleichterungen z.B. im Rahmen der Wirtschaftsförderung zukünftig aufgehoben?»

10. März 2025 SP-GRÜNE-GLP-Fraktion